HALLE ★ *Die Stadt*

Antrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2009/08318**
Datum: 06.10.2009
Bezug-Nummer.
Kostenstelle/Unterabschnitt:
Verfasser: Krause, Johannes
Plandatum:

Beratungsfolge	**Termin**	**Status**
Stadtrat	28.10.2009	öffentlich Entscheidung
Ausschuss für Planungsangelegenheiten	08.12.2009	öffentlich Vorberatung
Stadtrat		öffentlich Entscheidung

Betreff: Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt:

1. beim Land darüber verbindliche Auskunft zur Perspektive der Liegenschaft des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße 7 zu erlangen;

2. mit dem Land Verhandlungen zu beginnen mit den Zielen

   a) eine dauerhafte Überlassung eines Teils der Freifläche dieser Liegenschaft zur Erweiterung des Spielplatzes am Rathenauplatz zu erreichen und
   b) alle auf dieser Freifläche bereits angelegten Parkplätze zumindest temporär zur Minderung des Parkdrucks im Paulusviertel nutzen zu können.

gez. Johannes Krause
Fraktionsvorsitzender

Begründung:

Das Gebäude des früheren Regierungspräsidiums wird seit 2008 nicht mehr von der Landesverwaltung genutzt. Die umzäunte Freifläche erfährt ebenfalls keine Nutzung mehr und verwildert. Auf der Freifläche befinden sich mehrere Garagen sowie eine Reihe von Parkplätzen auf betonierten Flächen. Da das Land bis zum heutigen Tage keine Nachnutzungsperspektive für die Liegenschaft öffentlich gemacht hat, muss damit gerechnet werden, dass das Land das Gebäude für mehrere Jahre nicht nutzen wird.
Die auf dem Gelände vorhandenen Parkflächen werden zum Teil vermietet. Sie könnten vollständig in diesen Jahren den Einwohnerinnen und Einwohnern des Paulusviertels entgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Die Parkflächen nehmen nur einen Teil der gesamten Freifläche ein, die zukünftig, auch bei einer Wiedernutzung als Verwaltungsgebäude, nicht mehr benötigt wird. Ein Teil dieser Freifläche – das an den städtischen Spielplatz angrenzende Stück an der Robert-Blum-Straße – sollte von der Stadt zur dringend benötigten Vergrößerung des stark belegten Spielplatzes erworben werden.

Stadt Halle (Saale) 19.10.2009
Dezernat II Planen und Bauen

Sitzung des Stadtrates am 28.10.2009
Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße

Vorlage-Nr.: V/2009/08318

TOP : 7.2

Stellungnahme der Stadtverwaltung:

Die Stadtverwaltung empfiehlt, den Antrag als Prüfauftrag anzunehmen.

Begründung:

Die Liegenschaft befindet sich an städtebaulich bedeutender Stelle im Paulusviertel.
Aus diesem Grund hat die Entwicklung der Liegenschaft Auswirkungen auf das Quartier insgesamt.

Der dringende Bedarf, im Paulusviertel weitere Spielmöglichkeiten auszuweisen wurde durch die Spielplatzkonzeption bestätigt. Die Stadt hat sich deshalb bemüht, eine geeignete städtische Fläche im Wohngebiet zu finden. In Abstimmung mit der Schulleitung der Albrecht-Dürer Schule und dem Elternrat wurde eine einvernehmliche Lösung zur Ausgliederung einer Teilfläche aus dem Schulgelände gefunden. Diese Fläche steht zur Verfügung. Allerdings liegt die Fläche etwas abseits und es gibt noch keine Finanzierung für den Bau eines Spielplatzes.

Ein Teil der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße wäre deutlich besser für diese Nutzung geeignet, weil sie besser erreichbar ist und eine Erweiterung des vorhandenen Spielplatzes in der dauerhaften Pflege effektiver wäre. Die Verwaltung ist bisher davon ausgegangen, dass die Flächen nicht zur Verfügung stehen, da das Land im Regelfall eine wirtschaftliche Vermarktung der Liegenschaften anstrebt. Für diese wären neben dem Gebäude auch ausreichende Freiflächen erforderlich. Die Stadt wird dennoch mit dem Eigentümer verhandeln, ob und wenn ja, zu welchen Konditionen die Fläche genutzt werden kann.

Ebenso besteht für die Nutzung der Stellplätze ein erheblicher Bedarf.

Es sind jedoch derzeit keine Fördermöglichkeiten und keine Finanzmittel für Erwerb und Gestaltung der Flächen vorhanden.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister

Stadt Halle (Saale) 19.03.2010
Dezernat II Planen und Bauen

Antrag der SPD-Fraktion zur Nutzung der Freifläche des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße
Sitzung des Stadtrates am 24.02.
Vorlage-Nr.: V/2009/08318
TOP 6.8
Beschlusskontrolle

Gemäß dem o. g. Antrag hat die Stadtverwaltung das Land Sachsen-Anhalt mit Schreiben vom 18.11.2009 gebeten, Auskunft über die beabsichtigte Nutzung des ehemaligen Regierungspräsidiums in der Willy-Lohmann-Straße zu geben und angefragt ob die Möglichkeit besteht, Flächen für eine öffentliche Nutzung durch die Stadt zu erwerben (beiliegend Schreiben vom 18.11.2009).

Das Land Sachsen-Anhalt, vertreten durch das Ministerium der Finanzen hat am 08.02.2010 ein Antwortschreiben an die Verwaltung übersandt. Aus dem Schreiben geht hervor, dass das Land die Immobilie künftig als Behördenstandort für das Landesamt für Geologie und Bergwesen nutzen will. Lediglich ein für diesen Zweck nicht nutzbares Gebäude auf der Fläche soll veräußert werden. Für die Behördennutzung sind die entsprechenden Stellplätze auf den Grundstück nachzuweisen, sodass die Grundstücksflächen künftig benötigt werden und eine Übertragung von Teilflächen an die Stadt nicht beabsichtigt wird. Für den Zeitraum bis zur Sanierung des Gebäudes besteht weiterhin die Möglichkeit für Anwohner, auf dem Grundstück Stellplätze zu mieten (beiliegend Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 08.02.2010).

Punkt 2a des Antrages ist somit nicht umsetzbar. Aus Sicht der Verwaltung ist der Antrag als erledigt zu betrachten.

Dr. Thomas Pohlack
Bürgermeister